

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt“

Einzelhefte geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Wochentags: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatt“ Nr. 7405-12.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Wochentags: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Porto. — Bei Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstellen des Verlags, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Einzel-Preis für die Hefen: 25 Pf. für deutsche Ausgaben; 35 Pf. für auswärtige Ausgaben; 1.25 M. für farbige Anzeigen; 2.50 M. für auswärtige Anzeigen. — Bei Wiederholungen ermäßigt. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W. 67, in der Apostelstraße 7, 1. Fernsprecher: Amt Lüchow 6202 und 6203.

Freitag, 31. Januar 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 44. • 67. Jahrgang.

Bekanntmachungen.

Auf Antrag des Herrn Regierungspräsidenten hatte die französische Behörde die Einfuhr von Paketen mit Lebensmitteln aus dem unbesetzten Gebiet für Wiesbaden und Umgebung freigegeben.

Dieser Befehl ist in Kraft getreten.

Bei Anfuhr des ersten Wagens wurde eine große Anzahl von Paketen mit unzulässigen Waren, wie Zeitungen, Bekleidungsgegenständen usw., festgestellt.

Als erste Warnung wurden die vorgefundenen Gegenstände vernichtet, bezw. verbrannt, und die Lebensmittel den Besatzmännern ausgeteilt.

Ein zweiter Wagen ist dieser Tage hier eingetroffen. Da bei den ersten durchsuchten Paketen wiederholt eine große Anzahl unzulässiger Waren festgestellt wurde, ist der Wagen nicht ausgeladen, sondern auf unseren Befehl nach Frankfurt zurückbefördert worden.

Die französische Behörde setzt die Bewilligung hiermit in Kenntnis, daß die erteilte Genehmigung augenblicklich zurückgezogen wurde und daß der Wagen künftig nicht mehr hereingelassen wird.

Die Versorgung der Stadt dürfte dadurch wenig beeinträchtigt werden, da der Wagen dank der Unaufrichtigkeit der Behörde, die dessen Beförderung sicherstellen sollte, in der französischen Zeitung enthielt.

Wiesbaden, den 28. Januar 1919.

Le Lt. Colonel, Administrateur du District.
Pineau.

In Zukunft werden alle aus dem deutschen Staatsdienst Entlassenen, die sich ins besetzte Gebiet begeben, einem ärztlichen Untersuchung einem französischen Militärarzt unterworfen. Man wird daselbst Entlassung der Leute, Desinfektion der Kleider usw. vornehmen. Diesen Personen wird ein von der französischen Militärbehörde ausgestellter Schein ausgestellt, worin bestätigt wird, daß der Verfallene keine Gefahr darstellt.

Die Gemeinden sind dafür haftbar, jeden Neuankömmling, der in ihrem Bereich Wohnung genommen hat, und der sich dieser Regelung entgegen setzen sollte, den französischen Behörden zur Anzeige zu bringen. Bei Unterlassung erfolgt Bestrafung.

Wiesbaden, den 28. Januar 1919.

Der Administrateur du Cercle de Wiesbaden-Villa.

Die vorläufige Reichsgewalt.

Berlin, 29. Jan. Der Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt ist aus den Beratungen der bundesstaatlichen Kommissionen hervorgegangen und hat in einer sehr langen Beratung des Reichstages am Dienstag einige Änderungen erfahren. Der Entwurf lautet:

1. Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen.

2. Die Einbringung von Vorlagen der Reichsregierung an die Nationalversammlung bedarf, unter Abzug des Absatzes 4, der Zustimmung des

Staatsauschusses.

In dem Staatsauschuss hat jeder deutsche Freistaat mindestens eine Stimme. Auf die großen Freistaaten entfällt: grundsätzlich bei einer Million Landesbewohner eine Stimme, wobei ein Überschuss, der mindestens der Einwohnerzahl des kleinsten Freistaates gleichkommt, einer Million gleichgerechnet wird. Demgemäß sind im Staatsauschuss vertreten: Preußen mit 19, Bayern mit 7, Sachsen mit 5, Württemberg und Baden mit je 3, Hessen mit 2 und die übrigen Bundesstaaten mit je einer Stimme. Den Vorsitz im Staatsauschuss führt ein Mitglied der Reichsregierung. Wenn Deutsch-Oesterreich sich dem Deutschen Reich anschließt, erhält es das Recht der Teilnahme am Staatsauschuss mit einer durch Reichsgesetz festzulegenden Stimmenzahl; bis dahin nimmt es mit beratender Stimme teil. Kommt eine Übereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Staatsauschuss nicht zustande, so darf jeder Teil seinen Entwurf der Nationalversammlung zur Beschlussfassung vorlegen.

3. Die Mitglieder der Reichsregierung und des Staatsauschusses haben das Recht, an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilzunehmen und dort jederzeit das Wort zu ergreifen, damit sie die Ansicht ihrer Regierungen vertreten.

4. Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet; es kann jedoch der

Wohlbefehl der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden.

Im übrigen kommen Reichsgesetze durch Übereinstimmung zwischen der Nationalversammlung und dem Staatsauschuss zustande. Ist eine solche Übereinstimmung nicht zu erzielen, so hat der Reichspräsident die Entscheidung durch eine Volksabstimmung herbeizuführen.

5. Auf die Nationalversammlung finden die Artikel 21 bis 23, 26 bis 32 der bisherigen Reichsverfassung entsprechende Anwendung.

6. Die Geschäfte des Reiches werden von einem

Reichspräsidenten

geführt. Der Präsident hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen sowie Gesandte zu entsenden und zu empfangen. Kriegserklärung und Friedensschluss erfolgen durch Reichsgesetz. Sobald das Deutsche Reich einem Völkerbund mit dem Ziele des Ausschlusses aller Beschränkungsverträge beigetreten sein wird, bedürfen alle Verträge mit den im

Völkerbund vereinigten Staaten der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatsauschusses. Der Reichspräsident ist verpflichtet, die gemäß §§ 1 bis 4 und 6 beschlossenen Reichsgesetze und Verträge im Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen.

7. Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Das Amt dauert bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten, der auf Grund der neuen Reichsverfassung gewählt wird.

8. Der Reichspräsident beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichsministerium, dem sämtliche Reichsbehörden und die Oberste Seeresleitung unterstellt sind, ein. Die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens der Nationalversammlung.

9. Alle zivilen und militärischen Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch einen Reichsminister. Die Reichsminister sind für die Führung ihrer Geschäfte der Nationalversammlung verantwortlich.

Die künftige Reichsregierung.

Berlin, 28. Jan. Aus politischen Kreisen wird der „Neuen Politischen Korrespondenz“ geschrieben:

„Die Frage der Bildung der künftigen Reichsregierung soll schon in den nächsten Tagen, jedenfalls noch vor Beginn der Nationalversammlung, zu eingehenden Verhandlungen führen, an denen außer der sozialdemokratischen Partei die demokratische Partei teilnimmt. Da bekanntlich nach dem Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung die Bildung eines demokratisch-sozialistischen Reichskabinetts in den Vordergrund gerückt ist, soll es sich bei den bevorstehenden Besprechungen hauptsächlich darum handeln, auf welcher Grundlage eine aus der Demokratie und der Sozialdemokratie zusammengesetzte Regierung gebildet werde.“

Die Sozialdemokratie fordert, daß sie den Hauptbestandteil des Kabinetts bildet und damit maßgebenden Einfluss ausüben vermag. Inwiefern sich aus der hiernach gegebenen Vorgangsweise in der Beteiligung der demokratischen Partei ein einheitliches Ministerium bilden läßt, wird wesentlich von den Gesichtspunkten abhängen, die für das politische Aktionsprogramm in Betracht kommen. In politischen Kreisen spricht man davon, daß die Sozialdemokratie neben den Abgeordneten Ober und Scheidemann den Abg. Reule und ein weiteres Mitglied präsentieren wird.

Bezüglich der etwa von der demokratischen Partei ins Kabinett zu entsendenden Minister nennt man den jetzigen Staatssekretär des Reichsamtamts Dr. Schiffer, den Staatssekretär des Innern Dr. Preuß und den Abg. Dr. Neumann-Spöcker. Auch die Frage unterliegt der Erörterung, wie etwa mit dem Zentrum als der zweitgrößten Partei bei der Kabinettsbildung zu „procedieren“ sein wird. Ganz so leicht, wie es den Anschein hat, ist das Zustandekommen der in Frage stehenden Kombination nicht, zumal auch die Verläufe fortgesetzt werden, zwischen Reichs- und Unabhängigen Sozialdemokraten eine Einigung herbeizuführen.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 29. Jan. Die Eröffnungssitzung der Nationalversammlung beginnt, wie die „N. V. Z.“ meldet, am Donnerstag, den 6. Februar, mittags 1 Uhr. Man nimmt an, daß nach einer Reihe des Volksbeauftragten Ober die Nationalversammlung sich versammelt wird, und daß die Fraktionen zusammenzutreten werden, um zu der Wahl des Präsidenten Stellung zu nehmen. Diese Wahl selbst soll am Freitag vor sich gehen. Nach der Konstituierung sollen wiederum die Sitzungen bis Montag unterbrochen werden, damit die neuen Fraktionen zu Beratungen über den Entwurf einer provisorischen Verfassung Zeit gewinnen. Die eigentlichen Verhandlungen werden also vermutlich erst am Montag, den 10. Febr., beginnen und mindestens die ganze Woche hindurch dauern. Dann werden der Entwurf und etwaige Anträge und Vor schläge der Parteien einem Ausschuss überwiesen werden. Dieser Ausschuss wird bis in den März hinein beraten und erst nach Abschluß dieser Beratungen wird das Plenum wieder zusammentreten. Die Regierung hofft, die Arbeiten der Nationalversammlung in 7 bis 8 Wochen, unter allen Umständen aber noch vor Ostern, erledigen zu können.

In Weimar selbst sind, wie die „Voll. Ztg.“ meldet, die Vorbereitungen rüstig im Gange. Überall auf den Straßen und in den Häusern wird eifrig gearbeitet, um für 400 Abgeordnete, 200 Regierungsmitglieder, 400 Pressevertreter und gegen 500 Beamte, im ganzen also für etwa 1500 Gäste, ausreichende Unterkunft bereitzustellen. Die beschränkten Raumverhältnisse bringen es mit sich, daß die Fraktionen nicht im Parlamentärsgebäude selbst ihre Sitzungen werden abhalten können. Man hat sie auf verschiedene Säle in der Stadt verteilen müssen. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei sind in den elbischen nebeneinanderliegenden Palais „Erbsprung“ und „Elsen“ untergebracht worden, das Zentrum im „Fürstenhof“, die Demokraten im Hotel „Chemnitz“ und die Reichssozialisten im „Volkshaus“. Als erste Fraktion wird am Montag die sozialistische Partei in Weimar zusammentreten.

Der Reichspräsident.

Berlin, 28. Jan. Das „V. Z.“ schreibt: „Bekanntlich besteht Meinungsverschiedenheit darüber, wie der Präsident der deutschen Republik gewählt werden soll. Auch auf der Linken gibt es sowohl Anhänger der Wahl durch die Nationalversammlung, wie auch Verehrer der Idee, daß der Präsident durch Volksabstimmung gewählt werden müsse. Wir sind entschieden gegen diese Wahl durch Volksabstimmung, die unseres Erachtens nur zu immer neuen Agitationen führen

und Deutschland niemals zur Ruhe kommen lassen würde. In politischen Kreisen gilt es für ziemlich sicher, daß der erste Präsident durch die Nationalversammlung in Weimar bestimmt werden wird. Auch in den Kreisen der Regierung hält man das für notwendig. Ob der Präsident den Rechten der Sozialdemokratie oder — was anscheinend auch in manchen sozialdemokratischen Kreisen erhofft wird — aus der Deutschen demokratischen Partei hervorgehen wird, läßt sich noch nicht sagen. Man glaubt vielfach, daß Ebert auf die Präsidentschaft verzichtet und an der Spitze des Kabinetts der provisorischen Regierung stehen wird.“

Raumann Reichspräsident?

Noch ist die Nationalversammlung nicht konstituiert, noch sind vier Wochen vom ersten Beginn ihrer Tätigkeit entfernt, und schon heftet sich die Spekulation der Massen, aber auch das Interesse der politischen Welt selber besonders an eine Frage, die im Grunde genommen nur den Schlupfwinkel des Verfassungsreformwerkes darstellt, nämlich an die Frage, wer der erste Präsident der deutschen Republik sein wird. Selbstverständlich kann in dieser Beziehung amtlich oder auch nur halbamtlich oder sonstwie autoritativ noch gar nichts vorbereitet worden sein, es handelt sich vielmehr einzig um ein gewissermaßen privates, jedoch von Hunderttausenden zugleich erörtertes Problem. Nachdem bis dahin vereinzelt schon manche Namen genannt worden war, so auch der des Prinzen Max von Baden, einig sich neuerdings der Einfluss der Massen mit merkwürdiger Bestimmtheit auf Friedrich Raumann. Niemand kann sagen, woher die Behauptung stammt, daß gerade er der erste Reichspräsident sein wird, und es kann ja auch zunächst und noch für längere Zeit keine Instanz geben, die eine Präsidentschaftskandidatur aufzustellen vermöchte, aber plötzlich ist Friedrich Raumanns Name in die Öffentlichkeit geworfen worden, und man kann deutlich eine gewisse Richtung beobachten. In keiner Weise läßt sich heute bereits etwas über Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit dieser Kandidatur aussagen. Doch bleibt es charakteristisch, wie viel und wie allgemein von ihr gesprochen wird.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Wien, 29. Jan. Die „Neue Freie Presse“ meldet, die deutsche Nationalversammlung wird in Weimar prüfen, ob sie den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland während der Friedenskonferenz oder erst nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages aussprechen soll. Eine Forderung für den in Deutschland allgemein geforderten Anschluß ist ebenfalls zu erwarten. Die wirtschaftlichen Fragen werden bereits an amtlicher Stelle geprüft, aber die Verhandlungen mit Deutschland können auch jetzt das Bedürfnis nicht aufheben nach einer wirtschaftlichen Verständigung mit den Nationalstaaten der früheren Monarchie. Das bleibt notwendig und es ist ein Widerspruch, eine wirtschaftliche und staatsfinanzielle Angelegenheit in einem Gegensatz zu dem Anschluß an Deutschland zu bringen. Dieser Gegensatz ist nicht vorhanden und das Gerücht über eine Donau-Föderation kann niemand ernst nehmen. Keine Donauföderation und kein politischer Zusammenhang mit den Nationalstaaten wird diese Politik mit Begeisterung unterstützen.

Was bedeutet das?

Zum Meinungswechsel über die Frage einer westdeutschen Republik erhalten wir weitere folgende Äußerung:

Die mehr oder weniger geheimnisvollen Andeutungen in der Presse über bevorstehende Entscheidungen, welche auf das Bestehen der neugewählten preussischen Landesvertretung Einfluß haben würden, lassen erkennen, daß sich in der bevorstehenden Dinge vorbereiten, mit denen wir vielleicht schon in den nächsten Tagen übertrifft werden sollen. Es handelt sich dabei um das Bestehen Preußens und für uns im Westen um die Gründung eines besonderen Vorkriegsstaats. Das sind Dinge, welche Lebensfragen der Völker der westlichen Provinzen betreffen, Dinge, die nur entschieden werden können nach genauester und sorgfältigster Feststellung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse und Beziehungen, welche Preußen mit dem Westen und die westlichen Völker unter sich verknüpfen. Es ist unendlich, daß über solche Lebensfragen nicht allein des Westens, sondern Preußens und ganz Deutschlands anders entschieden werden kann als durch die grundsätzlichen, auch die historischen Gesichtspunkte berücksichtigende Untersuchung aller Verhältnisse, und daß darüber entschieden werden kann nur durch das freie Votum des Volkes. Es scheint aber, daß hier in einer im höchsten Grad unverantwortlichen Weise in Köln hohe Politik gemacht wird, die auch schon in Kasau unter Führung der Rhein. Volkszeitung Boden gefaßt hat. Wenn man aber nachforscht, welche Kreise dahinterstehen, da ergibt sich, daß es nur eine kleine Clique von Unbekannten ist, die sich hier anmaßt, über den Kopf des nationalen Volks hinweg Politik auf eigene Faust zu machen. Dagegen kann nicht scharf genug Widerspruch erhoben werden. Das heißt ein gefährliches Spiel mit den Lebensinteressen unseres engeren Vaterlandes spielen!

Was hier vorgeht, hat man schon im Dezember v. J. aus den Berichten über Versammlungen in Köln, hat man aus Begünstigungstelegrammen von Trier erfahren können, in denen offen zugegeben wurde, daß man schon seit Monaten an der Arbeit sei. Jetzt soll es freilich hochpolitische Beweggründe sein, mit denen die Abtrennungsbestrebungen begründet werden. Aber bei näherer Beleuchtung stellen sich diese als nicht anderes dar, denn als Falsch, die uns gestellt sind. Immer mehr dürfen wir unter dem Druck von unverantwortlichen, ehrgeizigen Politikern handeln, die sich zurückziehen werden

Sprechstunde der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

18

für Wiesbaden sucht eine alte, guteingeführte chem. Fabrik Süddeutschlands in Schülke, Kreiszeit, Kalkstein etc. Firmen welche beides einschlägigen Groß- und Kleinhandlern, Ein- und Ausfuhr etc. bestens eingeführt sind und über einwandiges Personal und die nötigen Geschäftsmittel verfügen, wolle Off. unter Chiffre B. 3910 erwidern durch die Haasenstein & Vogler A.-G. Stuttgart. F.